

Abonnementspreis für die laufende Woche 600 Milliarden Mark. Einzelpreis 110 Milliarden Mark. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Aussträger, sowie alle Postämter entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anrecht auf Nachdruck od. Bezugspreis-erstattung.

Lahn-Poste

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis. Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: 1 Zeil einp. Millimeterzeile 8 Goldpfg., auswärts, amtl. Bekanntmachungen u. Verleigerungen 12 Goldpfg., 25 Namen 25 Goldpfg. Die Goldwertpreise werden mit dem jeweiligen Emier Kurstaktator vervielfacht. — Druck u. Verlag: G. Ehr. Sommer, Bad Ems, Joh. A. Fayer, Peltlingers. Geschäftsstelle: Kaiserstr. 55, Fernruf 7. Schlichtung: G. A. Wolff, Tel.-Nr.: Lahnpost. Em. Bankkonten: Kass. u. Adressbank u. Bank L. J. Kircherberg, Bad Ems. Postfach. 37 (M) 1618

Nummer 17

Bad Ems, Montag den 21. Januar 1924

2. Jahrgang

Betrachtungen zum kommenden Wahlkampf.

Parlament und Parteien

Wir haben in Deutschland seit 1918 die parlamentarische Regierungsform. Viele erwarteten von ihr eine grundlegende Neuregelung, anstatt parlamentarischen Lebens. Sie glaubten, die neue Form genüge, um neuen Geist in unser Parlament zu tragen, und das deutsche Volk politisch reif zu machen. Es erschien so einleuchtend, man übertrug die Verantwortung für die Gestaltung des politischen Lebens des Landes dem Volke. Dann wird das Volk in den Wahlen das Parlament so zusammensetzen, daß es ein getreues Abbild der Volksmeinung ist. Dann wird das Parlament aus der Mehrheit der Abgeordneten eine Regierung bilden müssen, die nach dem Willen der Volksmehrheit handelt und die, da sie stets gewählig sein muß, bei der nächsten Wahl durch die Minorität beiseite zu werden, vor einstelliger Interessensvertretung befreit bleiben wird. So werden auch die Deutschen ein politisch brauchbares Volk werden.

Seute haben die Weihen erkannt, daß diese Hoffnungen sich nicht erfüllt haben, woran sind sie gescheitert? Wir haben in Deutschland zwar die Regierungsform geändert, die Instrumente der Gewalt aber, die Parteien, sind im wesentlichen unverändert die Alten geblieben. Weder die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Jugendlichen und die Frauen, noch die Veränderung der Parteiprogramme hat sie neu gestaltet. Seute wie vor 1918 sind sie reine Parteiparteien. In „Grundfragen“ suchen sie zu nahezu allen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen vornehm Stellung zu nehmen. Solche Grundfragen und Programmpunkte lassen sich aber naturgemäß nicht häufig ändern. So „erben sie sich fort“ und werden festgehalten, auch wenn die äußeren und inneren Umstände sich ändern — und sie ändern sich dauernd — und werden so zu „Lumpen und Plagen“ und hindern die Parteien im Wahlkampf die entscheidenden Gegenüberstellungen heranzuführen. Und so verliert sich der Wahlkampf idealisch wieder in einen Parteikampf um Grundfragen und Programme.

Diesem Kampf aber kann und will die Masse der Wähler nicht folgen. Sie interessiert es gar nicht, ob einmal was ist und soviel Jahren, diese oder jene Partei, so aber so handelt, oder ihre Führer so oder so geredet haben. Sie interessiert es gar nicht, ob man im einzelnen immer „konsequenter“ wird und „grundständlich“ das Richtige wollte. Und da sie das nicht interessiert, so wendet sie sich lieber ihren Sonderinteressen befriedigt über unterschiedlicher Art zu. Da das die Parteien wissen, kommt zu dem Parteikampf um die Grundfragen noch der Kampf um die Vertretung der „Lebensfragen“ einzelner Gruppen. Das verleiht so völlig die Übermacht. Kein Wunder, daß die Masse der Wähler bei dieser Art des Wahlkampfes durch die politischen Parteien den Blick für das Ganze, für die entscheidenden Gegenüberstellungen verliert. Kein Wunder, daß so schließlich das Ergebnis des Wahlkampfes keineswegs ein getreues Abbild der Volksmeinung, daß so schließlich die Zusammensetzung des Parlamentes keineswegs eine Grundlage für die sinngemäße Durchführung der parlamentarischen Regierungsform abgeben kann.

Welches ist die entscheidende Gegenüberstellung? Soll in Deutschland „sozialistisch“ regiert werden? (Diese Fragestellung läßt im Einzelnen für eine Teilung der sozialdemokratischen Partei an der Regierungverantwortung natürlich Raum. Die Antwort ist) Und ich glaube, vor diese Frage gestellt, die deutsche Wählerschaft bestimmt ihre Stimme so abzugeben, daß der Reichstag ein getreues Abbild der Volksmeinung wird, und daß sich dann der Reichstag diesem Willen des Volkes — die Parteipolitik geht vom Volke aus! sagt die Verantwortung — nicht wieder entziehen kann, d. h. daß dann auch die Parteien: die bisher der Mehrheit des Volkswillens meist nicht folgten, obwohl sie sich besonders gern als die bewussten Träger des parlamentarischen Gedankens bezeichnet, am Reichstag auf die bürgerliche Seite zu bewegen oder aber aus dem politischen Leben ausgeschlossen werden.

Es wäre dringend erwünscht, daß das beim Aufbruch der Parteien zur nächsten Reichstagswahl von vornherein erkannt und berücksichtigt würde. Nur wenn es geschieht, kann zu der parlamentarischen Form auch das richtige Instrument, nämlich ein Reichstag, der dem Volkswillen entspricht, und Rechnung trägt, geschaffen werden. Nur dann wird die neue Form Leben erhalten.

Französische Reparationspläne.

Poincare über Ruhr und Pfalz. + Erste Note der Sachverständigen.

Paris, 19. Jan. Poincare hat im Verlaufe seiner gestrigen Kammerrede Angaben über einen Reparationsplan gemacht, den die französische Regierung ihren Verbündeten unterbreitet hat. Poincare sagte:

„Wir verlangen einen Mindestbetrag von 2 Milliarden Goldmark auf die Gaskoche A und B. Die Sachverständigen-Ausschüsse der Reparationskommission werden nach Abschluß ihrer Arbeiten mitteilen, welche Zahlungen Deutschland nach ihrer Ansicht für eine erste Periode zu leisten imstande ist. Die Reparationskommission wird hierauf entsprechende Beschlüsse fassen und den Betrag der Jahresleistungen Deutschlands bis zum Jahre 1926 festlegen. Gleichzeitig wird sie sich vergegenwärtigen, wie weit Anleihen: die durch den Ertrag der ersten Pflanzungen gedeckt sind, aufgenommen werden können. Die französische Regierung ist der Ansicht, daß ein Teil dieser Anleihen Deutschland zu einer finanziellen Wiederaufrichtung überlassen werden dürfte, daß sie aber zum größten Teile zu Reparationszwecken Verwendung finden müssen.“

Paris, 18. Jan. In der heutigen Kammerrede vertrat Poincare gegenüber der Kritik der Abgeordneten Herriot und Renaud seinen bekannten Standpunkt in der Ruhrfrage. Die französische Regierung sei mit Belgien darin einig, das Ruhrgebiet nur im Verhältnis und nach Maßgabe der deutschen Zahlungen zu räumen. Belgien habe vielmehr die Befugnis anderer Pflanzungen in Erwägung gezogen. Frankreich habe aber erklärt, diese Pflanzungen müßten zu denen hinzukommen, die man in der Hand habe; nicht aber an deren Stelle treten. Der Ministerpräsident wandte sich dann gegen die Interpellationsredner, die ihm Vorwürfe gemacht haben, er sei allzu anspruchsvoll gegenüber dem Kabinett Stresemann nach der Aufgabe der passiven Widerstandes gewesen. Die Rede des Reichspräsidenten Ober und die Maßnahmen der deutschen Regierung hätten allzu deutlich gezeigt, daß es sich nur um eine fiktive Währungsbedingung handle. In den folgenden Ausführungen beschäftigte sich Poincare mit der Stellung der französischen Regierung gegenüber der separatistischen Bewegung. Frankreich wolle den einzelnen Bevölkerungskreisen politische Freiheit lassen. In der Pfalz sei die Lage eine ganz andere als in den übrigen besetzten Gebieten. Die Pfalz unterstehe nicht Berlin, sondern Bayern. Die Sozialisten hätten die Initiative zu einer Aktion gegen die Münchener nationalsozialistische Regierung ergriffen und seien hierbei von der großen Mehrheit der Bevölkerung nämlich den Bayern, Landwirten und kleinen Industriellen, unterstützt worden. Der französische Delegierte der Interalliierten Rheinlandkommission habe die französischen Vertre-

ter angewiesen, strengste Neutralität zu bewahren und Karotten vorzugeben. Poincare wandte sich abendans gegen England, wo Lord Curzon „unserwarteterweise“ in der Pfalz eine Untersuchung verlangt habe, die im übrigen durch Anwesenheit eines französischen Vertreters einen internationalen Charakter angenommen habe. Der englische Vertreter sei zweifellos durch die Erklärung der pfälzischen Autonomen überführt worden. Wie dem aber auch sei, die französische Regierung habe sich an die Bestimmungen des Versailler Vertrags und werde niemals aus ihrer Forderung herausgeben. Noch weniger denke Frankreich an Annexion oder daran, die besetzten Gebiete unter seinen politischen Einfluß zu bringen.

Ministerpräsident Poincare hat nach Schluß der Interpellationsdebatte die Tagesordnung abändert und Broussé angenommen und die Vertrauensfrage gestellt. Die Tagesordnung billigt die Erklärungen der Regierung, besonders hinsichtlich der Befugnis der Ruhrgebiets, spricht ihr das Vertrauen und die Unterstützung aus, daß sie ihre Politik des nationalen Selbstschutzes werde und lehnt jeden Versuch ab. Die Kammer hat sich mit 415 gegen 151 Stimmen dafür ausgesprochen, dieser Tagesordnung den Vorschlag vor der von Herriot und Broussé eingebrachten zu geben. Die erste Hälfte der Tagesordnung wurde mit 446 gegen 128 Stimmen, die zweite Hälfte mit 445 gegen 128 Stimmen und schließlich die gesamte Tagesordnung mit erhöhten Stimmen angenommen.

Eine Note des Sachverständigenkomitees.

Paris, 19. Jan. Das Generalsekretariat des Sachverständigenkomitees der Reparationskommission hat eine Note veröffentlicht, worin mitgeteilt wird, daß der für internationale Eisenbahnfragen bekannte englische Sachverständige Sir William Anthon, sowie der Generalsekretär der europäischen Eisenbahnen, der Franzose Lesbre eingeladen worden sind, einen Bericht über gewisse Fragen, die auf die deutschen Eisenbahnen Bezug haben, auszubereiten. Der Bericht soll mit, daß der Bericht, den die genannten Sachverständigen ausgearbeitet haben, folgende Punkte behandle:

1. Gründe des Defizits der Reichseisenbahnen.
2. Geeignete Maßnahmen, um diesem Defizit entgegenzuarbeiten.
3. Prüfung der Frage, ob es für die Reichseisenbahnen vorteilhaft wäre, wenn die Reichseisenbahn der Privatindustrie überantwortet würde.
4. Prüfung der Frage, ob die Reichseisenbahn nicht durch gemischten Organismus verwaltet werden sollte, in dem deutsche und alliierte Kapitalien vertreten seien, und wobei ein Teil der Einnahmen in die Reparationszahlung fließen sollte.

Politische Nachrichten Deutschland

Ministerpräsident in Hamburg.

Berlin, 18. Jan. Wie die Wähler mitteilen, findet eine Zusammenkunft des Reichskanzlers mit dem bayerischen Ministerpräsidenten in Hamburg statt. Im Reichsjustizministerium hat gestern laut der Volksstimme Zeitung eine Besprechung über die Ausschreibungsbestimmungen zur Goldbilanzierungsverordnung stattgefunden. An der Besprechung nahmen außer Reichsminister verschiedener Ministerien noch Vertreter der fünf wirtschaftlichen Spitzenverbände sowie der Handelskammer und die bisherigen Sachverständigen teil. Es wurden dem Reichsjustizministerium Anregungen und Wünsche der beteiligten Kreise übermittelt. Vom Justizministerium ist zugesagt worden, daß nach der redaktionellen Feststellung der Ausschreibungsbestimmungen die gleichen Vertreter noch einmal zur Begutachtung zusammenberufen werden sollen.

Die Reichstagswahlen voraussichtlich im Mai oder Juni.

Wie der Demokratische Zeitungsdienst hört, ist noch von keiner maßgebenden politischen Stelle ein bestimmter Tag für die kommenden Reichstagswahlen in Aussicht genommen. Die Regierung sei der Ansicht, daß es wünschenswert wäre, wenn die Stabilisierung der englischen Arbeiterregierung und der Ausfall der französischen Kammerwahlen der deutschen Reichstagswahl vorausginge und wenn ferner die innerpolitische Gesundung noch einige Fortschritte machen könnte. Danach werde man annehmen dürfen,

daß die Wahlen im Mai oder Juni stattfinden werden.

Hoch bei Stresemann.

Berlin, 18. Jan. Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Volkshausrat A. Hoch, hatte heute eine mehrtägige Unterredung mit dem Minister des Äußeren Stresemann. Hoch wird Anfang nächster Woche nach Paris zurückkehren.

Einberufung des auswärtigen Ausschusses.

Kant Vorworts hat im Auftrag des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Hermann Müller gestern an den Reichsaussenminister Dr. Stresemann einen Brief gerichtet, in dem er die Einberufung des auswärtigen Ausschusses für die kommende Woche fordert. Dieses Verlangen wird mit dem Entschließen der französischen und belgischen Noten auf das deutsche Memorandum begründet. Müller der Besprechung dieser Noten wird u. a. eine Aussprache über die Rhein- und Ruhrfrage, das Reparationsproblem, das Verhalten der französischen Besatzung in der Pfalz und die Militärkontrolle gewünscht. Eine Besprechung dieser Fragen ergehe, wie es in dem Briefe heißt, schon deshalb notwendig, weil notwendig ein Termin für die Einberufung des Reichstages noch nicht festgesetzt sei.

Staatsratslung.

Berlin, 18. Jan. Der preussische Staatsrat tritt am 22. Januar zu einem neuen Tagungsabschnitt zusammen. Zur Verhandlung steht neben verschiedenen kleineren Vorlagen die Notverordnung betr. die Abänderung des Gesetzes über die Grundbesitzsteuer und die dazu gestellten Anträge.

Berlin, 18. Jan. Wie den Blättern mitgeteilt wird, hat Arnold Rehgberg dem Kaiser um eine Audienz nachgesucht, der Kaiser lehnte es aber ab, ihn zu empfangen, weil die Angelegenheit, die Rehgberg zur Sprache bringen wolle, im wesentlichen offenbar die technischen Seiten der Reparationsfrage betrieft, ein Eingehen in Einzelheiten dieses Fragenkreises jedoch kaum erprießlich wäre. Der Kaiser habe Rehgberg abhingewiesen, sich zu nächst mit der zuständigen Abteilung des auswärtigen Amtes in Verbindung zu setzen.

Tagung des Zentrum-Reichsausschusses.

Heute beginnt in Berlin die Tagung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei. Sie wird durch eine Vorstandssitzung eingeleitet. Auf der Tagesordnung stehen die wesentlichen Fragen der Organisation und der kommenden Reichstagswahlen. Darunter dürfte, wie das Zeit. Tagblatt meint, der Brief des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth an den Zentrumsalgeordneten Inoff. ihren ersten Platz der Debatte einnehmen.

Zum Personalabbau.

Berlin, 19. Jan. Der im 13. Tagungsbesprechungen Landtags hat die Verordnung über den Personalabbau angenommen; besonders der umfassen § 21 a über das Schlichtungsgericht wurde in der Fassung angenommen, wonach der Beamte gegen einseitige Veretzung in den Ruhestand oder gegen Entlassung mit der Begründung Einspruch einlegen kann, daß die §§ 19 und 20 verletzt seien. Der Einspruch ist nur binnen einer Frist von zwei Wochen zulässig, er kann nur vom Staatsministerium zurückgewiesen werden. Wird dem Einspruch stattgegeben, so gilt die Veretzung in den einstweiligen Ruhestand oder die Entlassung als nicht erfolgt. Will das Staatsministerium dem Einspruch nicht stattgeben, so hat es vor der Entcheidung einen Vertrauensauschuß zu hören. Für jeden Regierungsbezirk wird ein Vertrauensauschuß von drei Mitgliedern gebildet.

Berlin, 19. Jan. Das preussische Staatsministerium beschäftigt sich mit der neuen Fassung, die der ständige Ausschuss des preussischen Landtags die Verordnung über den Personalabbau gegeben hat. Es wurden starke Bedenken hinsichtlich der Kontrollinstanz geäußert. Offenbar war man der Ansicht, daß durch diese Instanz erhebliche Kosten entstehen, andererseits der Abbau erschwert werde. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß voraussichtlich schon in der nächsten Woche das Staatsministerium die neue Vorlage einbringen wird.

Heber die Ermäßigung der Güllertarife.

Berlin, 18. Jan. In der Angelegenheit einer Ermäßigung der Güllertarife und Tierarbeits hat der Reichsaussenminister Oester an die Mitglieder des Reichseisenbahnrates folgendes Schreiben gerichtet: Dem Beschlusse des ständigen Ausschusses des Reichseisenbahnrates vom 14. Dezember gemäß wurde eingehend geprüft, ob eine allgemeine Herabsetzung der Güllertarife, die auch für durchaus erwünschelt und erbetenwert halte, möglich ist. Obwohl ein solche Maßnahme bei der schwierigen Finanzlage der Reichsbahn erheblichen Bedenken begegnet, habe ich mich doch entschlossen, vom 20. Januar ab die Einnahmen der Normaltarifen des Güllertarifes und der Ausnahmearife einschließlich der Kohlenausnahmearife sowie des Frachten- und Tierarbeits um 8 Prozent zu ermäßigen. Die Ausnahmearife für Dünge- mittel und Karosellen in Ladungen, die Postausnahmearife für Lebensmittel und die beruflichen Eisenbahnausnahmearife in ausländischer Währung werden insofern nicht ermäßigt. Wegen der Dünge- mittel- fähige erfolgt Vorlage an das Reichseisenbahnamt. Die Eisenbahnausnahmearife sind aufgestellt unter Zugrundelegung des Wettbewerbtes der deutschen Seebahnen unter sich und mit dem Ausland; sie können daher nicht ohne weiteres geändert werden. Die Postausnahmearife für Lebensmittel berücksichtigen bereits die durch Einföhrung des Seebahntarifes eingetretene Verteuerung. Mich leitet bei der allgemeinen Herabsetzung des Güllertarifes, den allgemeinen Preisbau zu fördern und den Verkehr, dessen Aufschwung die Wirtschaft aus der Tiefenheit der Währungs- erwartet, zu beleben. Eine höhere Ermäßigung konnte angesichts der noch ungedeckt fortlaufenden Kosten aus der Ruhrbefreiung zunächst nicht vertreten werden, zumal die Unternehmung über die weitere Einwirkung der Eisenbahntarife noch nicht abgeschlossen ist. Ein besonderer Ausschuss ist beauftragt worden, zu prüfen, wie verschiedene in statistischen Angaben der klagte Tarifierungen gemindert werden können und wie die Plus- und Durchfuhr durch geeignete Ausnahmearife weiter zu begünstigen sind. Die Frage der Einföhrung neuer Seebahnausnahmearife für wichtige Eisen- und Ausfuhrartikel wird mit besonderer Beschönigung behandelt. Der geplante Seebahnausnahmearife für Eisen und Stahl wird zur Zeit ausgearbeitet und soll sobald als möglich in Kraft gesetzt werden. Die Gewährung weiterer Tarifierungs-

Die unter dem Protektorat der Katholiken des Reiches...
Die unter dem Protektorat der Katholiken des Reiches...
Die unter dem Protektorat der Katholiken des Reiches...

Der Kampf um Lohn und Arbeitszeit zur Streiklage

Düsseldorf, 18. Jan. Der Köln. Tg. wird gemeldet: Am Morgen zum geistlichen Tage war es heute nachmittags und am Abend wieder sehr unruhig in Düsseldorf. Die Arbeiter der internationalen Arbeitervereine haben in eben so anerkannter Weise eine umfassende Demonstration für die bedrohte Jugend in Deutschland in die Wege geleitet.

Langenberg, 18. Jan. Arbeitslose und Ausständige aus Berlin rufen hier einen Zusammenstoß mit Ordnern des Reiches. Die Arbeiter wurden mit Knütteln und Steinen beworfen und mit Knütteln gedroht. In der Notwehr mußten sie von ihren Schutzpatronen Gebrauch machen. Ein Reihe Angreifer wurde verletzt.

Sicherung der Lichtversorgung.
Köln, 19. Jan. Wie die Kölnische Zeitung erfährt, requirierte im Interesse der Licht- und Kraftstromversorgung für das britische und französisch-belgische Gebiet die britische Versorgungsbehörde etwa 600 Arbeiter aus dem Braunkohlenebiet für die Lieferung von Braunkohle und Arbeit im Goldbergwerk. Die Requisitionen sind worden gefehlt den hieron betroffenen Arbeitern zugestellt. Wie das Blatt weiter mitteilt, beschließt die Belgische Behörde des Reiches, das Köln mit Licht und Kraft versorgt, am Montag in den Ausland zu treten. Die britische Versorgungsbehörde sei entschlossen, dem Streik vorzubeugen, da er schwere Störungen des öffentlichen Lebens verursachen könnte, worauf die Belgische Behörde von der britischen Behörde aufmerksamer gemacht wurde. Allerdings sei besonders zu betonen, daß die britische Behörde sich nicht in die bestehenden Streitigkeiten über Lohn und Arbeitszeit der deutschen Arbeiter einmischen werde, sondern nur darauf bedacht sei, die lebenswichtigen Bedürfnisse der Allgemeinheit zu sichern und die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Gegen den Streik.
Köln, 18. Jan. Aus dem rheinischen Braunkohlenebiet wird der Köln. Volksztg. vom Generaldirektor des Reiches (Völk) geschrieben: „Der Generaldirektor des Reiches hat eben so, wie die übrigen Gewerkschaften keinen Streikbedenken und keine Aufforderung zum Streik. Die Parteien ergreifen lassen. Alle vernünftigen Gewerkschaftler verstehen mit uns das eigenmächtige und jeder gemeinschaftlichen Disziplin hohnsprüchende Verhalten von nicht im Vergleich beschaffigen und zum Teil ausländischen Erwerbslosen, sowie von Teilen der Belegschaften. Wir sprechen die Hoffnung aus, daß die Arbeiter sich in der Lage befinden, die schweren Lage durch Unbesonnenheiten noch weiter verschlimmern.“

Von der Urteilskraft.

Bildung, Geschmack zu besitzen, und infolgedessen ein treffendes Urteil zu haben, ist zweifellos etwas, worauf man stolz sein kann. Kein Wunder, wenn man diesen Wohl nicht gern verliert, sondern ihn auch zeigen will, wenn man sein Licht von den Leuten leuchten läßt, fast es unter den Scherz für keinen Gewinn, viele Menschen haben nur deshalb so schnell ein Urteil, eine Bemerkung, eine Kritik, einen Zabel zur Hand, weil jene Fähigkeiten ganz unwillkürlich zur Betätigung drängen. Man darf also bei urteilsfähigen, kritischen Menschen durchaus nicht immer eine unhöfliche und lieblose Freude am Beredern fremder Freuden vermuten. Wenn jemand nun einmal einen ganz hervorragenden ausgebildeten Charakter besitzt, so ist es schon erklärlich, daß er die Fremden unbedenklich darauf aufmerksam macht, daß auf der Erde, die sie mit vieler Mühe geküßt hat, zwei Töne nicht zusammenpassen — oder daß sie sich in der Ruine ihres Untandes vergriffen hat. Das sind nur flüchtige Beispiele, die sich um viele aus anderen Gebieten menschlichen Lebens und Seins vermehren lassen.

Da weiß, man hört sich gern reden, wenn man glaubt, daß man sich für kompetent halten darf! Wird aber auch die Wirkung bedacht, die man so leicht damit im Leben anrichtet? Von der leisen, heimlichen Bestimmung oder Enttäuschung bis zur tiefen, schmerzlichen Kränkung oder — unter Umständen — auch zur ernsthaften, beruflichen Schädigung kann solch unbedachtes Urteil Unheil stiften. Wie würde manche an sich ganz reizende, jugendliche oder ältere Dame beschämt und erschreckt sein, wenn sie ahnte, daß ihr unbedachtes, leichtfertiges Urteil herabwürdige Folgen haben könnte. Wenn es als das schönere Ideal erscheint, eine bezugsartige Frau zu sein, als ein geschäftiges und geschicktes Urteil zu besitzen, wird darum gut tun, mit Bedenken und tadelnden Ausprüchen recht zurückhaltend zu sein. „Wo ich nicht

Wahlmann der neuen Arbeitszeit im Transportgewerbe...

Köln, 19. Jan. Die Kölnische Zeitung meldet aus Trier: Eine Verammlung des Transport- und Verkehrsgewerbes hat in einer Entschließung die schließliche Arbeitszeit abgelehnt.

London, 19. Jan. In Anbetracht der Berichte, daß die deutschen Seelen, die jetzt in England streikten, von den deutschen Konsuln dahin unterrichtet worden seien, sie würden bei ihrer Rückkehr nach Deutschland und gerichtlich belangt, fand laut Daily Herald gestern eine Konferenz in London statt, auf der beschlossen wurde, den deutschen Vorkämpfer dahin zu unterrichten, daß, wenn die deutschen Seelensbesitzer zu einer derartigen Politik übergingen, dies das Signal für die englischen Docks- und andere Arbeiter sein würde, sich zu wehren, fremdländische deutsche Schiffe in den britischen Häfen zu laden oder zu entladen. Der Vorsitzende des nationalen Seemanns- und Heizerverbandes, Samuel Wilson, der die Konferenz leitete, erklärte ferner, jeder Versuch der deutschen Seelensbesitzer, Streikbrecher einzuführen, würde das Signal für die Arbeitsmissetzung sein. Daily Herald zufolge wird heute eine neue Volkskonferenz abgehalten.

Kleine Meldungen

Landtagsmitglied Hermann Thomas †.
Altona, 17. Jan. (Wolff.) Das Mitglied des preussischen Landtags, Hermann Thomas (Soz.) ist gestorben.

Dresden, 18. Jan. Heute morgen ist der Personenzug 337 bei der Einfahrt in den Bahnhof Dresden-Friedrichstadt mit einem Rangabzug umgestürzt. Die Lokomotive und ein Wagen beschädigt wurden. Von den Reisenden meldeten sich 18 als verletzt. Von dem Lokomotiv- und Zugbegleitpersonal sind vier zu Schaden gekommen.

New York, 18. Jan. Das Luftschiff Shenandoah, das durch den Sturmwind von seiner Verankerung losgerissen und abgetrieben worden war, ist heute vormittags 3:20 Uhr in Lakehurst gelandet. In Bord ist alles wohl.

Zu der Meldung der Münchener Post, daß der Redaktionsrat der zweiten Teilnehmer an dem Komplotz gegen General von Seeck in Bayern verhaftet wurde, erfährt die Vossische Zeitung von unrichtiger Seite, daß in Augsburg ein Kaufmann auf telephonisches Ersuchen des Berliner Untersuchungsrichters tatsächlich neuerlich festgenommen wurde.

Hamburg, 19. Jan. Nach einer Meldung der Hamburger Nachrichten aus Ghebo ist dort gestern Abend gegen den anfänglich der Reichsgründungsfeier veranstalteten Fackelzug eine Handgranate geworfen worden. Vierzehn Personen wurden verwundet, darunter zwei Frauen schwer. Außerdem wurden zwei Reichswehrsoldaten verletzt. Mehrere Personen sind verhaftet worden.

Die „D. Z.“ berichtet über die Untersuchung zum Theaterbrand in Neustrelitz, man dürste dem Täter bereits auf der Spur sein. Bei einer Vernehmung der maßgeblichen Persönlichkeiten der Stadt die beiden Staatsminister beurlaubten, kam man einstimmig zu dem Entschluß, das Theater wieder

loben kann, da schweige ich! sagte Goethe. Ein laubenderes Wort der Wortreichheit! Wenn schon ein Mann noch denkbar hochmütig und urteilsfähigsten Geistes sich so menschlich milde zu denken erlaube, dann darf die Frau wohl noch etwas weitergehen. Dann darf sie sicher zu sich selber sagen: „Nicht nutzlos, nicht, nutzlos bin ich.“ — und darf in Güte alles das an einem Menschen oder einer Leistung erkennen und hervorheben, was der Anerkennung würdig und des Dankes wert ist. Das Gefühl, damit Freude in irgendeiner Menschenherde zu haben, ist doch wohl beglückender und höher als das, ein „treffendes Urteil“ gefällt zu haben.

Wetterregeln.

Man spricht wieder vom Wetter. Es ist noch gar nicht so lange her, da war der Dollar der Hauptgesprächsstoff und das Wetter war uns gleichgültig. Jetzt können wir erismischerweise den Dollar mit Gleichmut betrachten. Wir haben wieder mehr Zeit für das liebe alte Gesprächssthema, das Wetter, das uns mit seinen unerhörlichen Schwerefällen in der Tat manchen Unterhaltungsfuß bietet.

Das Wetter hat immer im Denken des Volkes einen sehr großen Raum eingenommen, das beweisen schon die vielen volkstümlichen Wetterregeln, in denen eine jahrhundertalte Weisheit des Volkes aufbewahrt ist. In der „Deutschen Rundschau“ wagt Gulland Hellmann nach, daß man die Wetterregeln der sogenannten Väterregeln bis in das 16. Jahrhundert und noch weiter zurückverfolgen kann. So führt er aus dem Jahre 1510 einen Vers an, der uns mit seiner Weisheit sehr nahe kommt:

„Wenn sich die Welt im Winter lüdet, als bald man Schnee empfindet. Es setzen dann dunkel wolken dabei so sag, das es ein Regen sey.“

Das Alter der Wetterregeln ist allerdings nicht

anzunehmen, Die Mittel dazu sollen durch besondere Sammlungen aufgebracht werden.

Veranbarung eines Postzugs.
Meh, 17. Jan. Der Postzug Luxemburg-Meh wurde von beschaffenen Banditen beraubt. Als der Zug in Meh eintraf, fand man im Postwagen den diensttuenden Beamten in einer Blutlache mit schweren Schädelverletzungen benutzlos vor. Die Postkutsche, in denen sich Berufsenden befanden, waren von den Banditen beraubt worden. Man nimmt an, daß ihnen über 200 000 Franken in die Hände gefallen sind.

Jahresversammlung des Zentralkomitees der Katholiken Deutschlands.
Das Zentralkomitee der Katholiken Deutschlands hielt unter dem Vorsitz seines Präsidenten, des Fürsten Alois von Württemberg dieser Tage in Romberg b. d. S. seine Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende machte in erhabenen Worten der fünf Mitglieder, die im Berichtsjahre gestorben sind; es sind dies Graf Droste zu Vischering, früherer langjähriger Präsident des Zentralkomitees, Viktor Beck, der Gründer des katholischen Lehrerverbundes in Deutschland, Landgerichtspräsident Gieseler in Mannheim, Kaufmann Weidmann in Köln und Geh. Kommerzienrat P. V. Cahensly in Linburg. Der zweite Band der von Prof. Dr. Johannes Kippel in Remscheid bearbeiteten Geschichte der Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands (Münster, Aschenborn) ist fertiggestellt und lag bei der Sitzung vor. Damit ist das Werk zum Abschluß gekommen, das die große Wichtigkeit der jährlichen katholischen Versammlungen nach allen Richtungen hin darstellt und beleuchtet. — Das Zentralkomitee beschloß, wie bereits kurz gemeldet, nach eingehender Beratung die Katholiken der Stadt Hannover zu bitten, nachdem die vorjährige Generalversammlung in Köln berufen worden ist, im Jahre 1924 die große katholische Jahresversammlung vorzubereiten und in den letzten Tagen des August abzuhalten. Dieser Katholikentag würde nicht bloß für die katholische Bevölkerung in der Provinz Hannover Bedeutung haben, sondern auch für die benachbarten Kreise und überhaupt für das weite Gebiet der nördlichen Missionen.

Kirchliches.
Für die Seligsprechung Pius X.
Mig. Moesta, apostolischer Nuntius in Chile, und der gesamte Episkopat der Vereinigten Staaten von Nordamerika haben an den Heiligen Vater Briefe geschrieben und Eröffnung des Seligsprechungsprozesses Pius X. gerichtet. Derselbe des amerikanischen Episkopates ist unterzeichnet von Kardinal O'Connell, Erzbischof von Boston, und enthält folgende Sätze: „Alle Bischöfe Amerikas haben die größte Verehrung nicht fern sei, an welchem er zur Ehre der Märtyrer für Pius X. und hoffen schließlich, daß der Sag erhoben wird... Die Verehrung für Pius X. ist in den Vereinigten Staaten allgemein und überall verbreitet. Es gibt keinen Bischof oder Priester mehr, der seinen Namen nicht segnet ab den geistlichen Vätern, die aus seinen Anstiftungen und besonders aus seinen Verordnungen über die Kommunion hervorgehen.“ — Unter den übrigen zahlreichen Bittgesuchen um Seligsprechung Pius X., die täglich im Vatikan einlaufen, verdient jenes des gesamten spanischen Episkopates besondere Erwähnung.

Schulwesen.
Berlin, 19. Jan. In einer Unterredung mit einem Vertreter des Berliner Tageblattes erklärte der preussische Kultusminister Böllig, daß die akt

Grund von Gerüchten über Verhinderung der Bestimmungen für die Reifeprüfung für den Eltern und Schülern hervorgerufenen Verunsicherung vollkommen unbegründet sei. Die Reifeprüfung werde im Jahre 1924 nicht anders gehandhabt werden als bisher. Am liebsten werde im Kultusministerium im Zusammenhang mit der bevorstehenden Schulreform eine durchgreifende Umgestaltung der Reifeprüfung bearbeitet und voraussichtlich demnächst abgeschlossen werden können. Der Minister erklärte weiter, daß er gegen die Abschaffung der Reifeprüfung sei, aber die Befreiung der Schüler von den Abgaben, die die Reifeprüfung mäßig bleiben, die Gesamtpflichtigkeit des Schülers in den Vordergrund zu stellen und seine gesamten früheren Leistungen mit zu werten, um so die Prüfung mehr zu einer Nachprüfung des schon völlig sicheren Teils zu machen. Wenn etwa statt eines einzigen deutschen Aufgabensatzes der Schüler drei Themen zur Auswahl gegeben würden, so sei auch das ein kleiner Anfang der Rücksichtnahme auf die Persönlichkeit der Schüler. Einem hervorragenden mathematisch veranlagten Schüler sei häufig gestattet worden, daß er eine Anzahl von Beethoven spielte, und daß diese Leistung bei der Prüfung entsprechend mitgewertet wurde. Daß seit dem Jahre 1922 die verbindliche Prüfung im Latein eingeführt worden ist, gehe in der gleichen Richtung. Man denke daran, daß größere Klassen oder Hausarbeiten in der Prima teilweise als Ersatz für die Prüfungsaufgaben zugelassen werden. Zum Schluß betonte der Minister, daß die Wahlfreiheit auf der Oberstufe erhalten bleiben solle.

Ist die Zeitung zu teuer?

Am Frieden dachte der Bezugspreis der Zeitung, kaum die Presse hat das verdrückte Zeitungspanier. Alle übrigen Ausgaben für Löhne, Gehälter, Vertriebs- und Verwaltungskosten, Unkosten des Nachdruckens einschließlich Versand, konnten und mußten aus den Anzeigenerträgen gedeckt werden. Als Folge der Entwertung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist, vor allem im besetzten Gebiet, der Anzeigenertrag und demgemäß auch das finanzielle Erträgnis aus den Anzeigen beträchtlich zurückgegangen, daß es kaum noch 25 Prozent des Friedensstandes erreicht. Auf der anderen Seite werden die Polymaterialien ausnahmslos mit einem weit über den Friedensstand liegenden Grundpreis ausbezahlt. Sollen die Zeitungen weiter erscheinen, dann müssen die Mindererträge aus dem Inseratengeschäft und die Ueberpreise bei den Herstellungskosten im Bezugspreis ausgeglichen werden. Wenn in den letzten Wochen eine erhebliche Verbilligung der Bezugspreise eingetreten ist, die nur zum Teil in den tatsächlichen Verhältnissen ihre Begründung findet, so soll diese nicht nur ein Entgegenkommen für unsere derzeitigen Bezugsnehmer bedeuten, sondern auch eine Aufforderung zur Erneuerung des Momentanums an diejenigen früheren Bezugsnehmer, denen die Zeitung zu teuer geworden war. Der Abbau der Bezugspreise wird jedoch nur von Dauer sein können, wenn durch Vermehrung der Auflage eine Verbilligung der Gesamtkosten möglich ist. Je größer die Auflage, desto geringer der Anteil des Einzel Exemplars an den Gesamtkosten. Wer also für seine Zeitung nicht, verbilligt sie sich. Sollte demnach auch im Anzeigengeschäft wieder eine Verbesserung eintreten, dann auch wird es den Zeitungsbesitzern möglich werden, die Bezugspreise noch mehr wie bisher abzubauen zu können.

Berlin Rheinischer Zeitungsdirektor.

immer ein Beweis für ihre absolute Zuverlässigkeit. Doch muß man auch hier mit einem Urteil gerade sein. Meist wird den Regeln von den Meteorologen jeder Wert abgesprochen. Der Verfasser ist aber der Meinung, daß die Wetterregeln der Bauernregeln insofern nicht ganz gerecht geworden ist, daß sie diese zu wörtlich genommen und daß sie sich nicht genug in den Geist der in ihnen enthaltenen Volksweisheit zu versetzen vermögen. Man muß sowohl die Zeitangaben als auch Inhalt der Regeln freier deuten. Dieser letztere schließlich eine tausend- und aber tausendmal mehrfache Beobachtung zugrunde, die aber sehr häufig falsch aufgefaßt und unrichtig gedeutet wurde, bisweilen aber doch genügend klar erkennen läßt, um was es sich eigentlich handelt. Der gemeine Mann kann natürlich nicht, wie ein Naturforscher, genau beobachten, und er versteht auch nicht, das Beobachtete genau wiederzugeben.

Wenn J. W. in der Bauernregel „Grüne Weiden — böse Östern“ die Zeitbestimmung zu wörtlich aufgefaßt wird, daß das Wetter an diesen beiden Feiertagen einander gegenübergestellt wird, so widerspricht das dem Geist der Volksweisheit. Brides sind allgemein gehaltene Zeitangaben, und die Regel will nur besagen: wenn mitten im Winter kein richtiges Winterwetter herrscht, dann gibt es einen Nachwinter, und das tritt häufig zu.

Der Glaube an die sogenannten „Eisheiligen“ (Mamers, Fankrats, Gertrudis: 11. bis 13. Mai) ist aus der Beobachtung hervorgegangen, daß es im Mai häufig Kälteeinbrüche gibt. Zur zeitlichen Bestimmung des Eintretens solcher Temperatureinbrüche wurde in jenen frühen Zeiten, in denen es noch keine genaue Methode der Datierung gab, der nächstfolgende postende Tag eines Heiligen im Kirchenkalender genommen. Deren gab es aber in den ersten Jahrhunderten der christlichen Kirche nur wenige, sodaß die Zeitbestimmung wieder nur eine Regel nicht schloß, daß gerade der 11., 12 und 13. Mai Frostgefahr bringen, sondern nur so viel, daß man sie im Laufe des Monats Mai erwarten kann.

Bei der an dem Sternschiffertag (27. Juni) ankunftsreichen Bauernregel ist es wahrscheinlich die Erfahrung zugrunde, daß Ende Juni in Deutschland die Hauptregenzeit anfängt, die sich gewöhnlich bis zum August hinzieht. Wörtlich aufgefaßt ist die Regel natürlich falsch, denn sieben Wochen hinter einander hat es noch nie geregnet. Wird sie aber so gedeutet, daß von Ende Juni ab längere Zeit hindurch häufig Regen zu erwarten steht, so trifft sie in vielen Jahren zu.

Bei solcher und ähnlicher Auffassung der volkstümlichen Wetterregeln wird man finden, daß es in manchen doch ein guter Kern steckt. Andererseits muß aber auch zugegeben werden, daß sich viele solche Regeln selbst bei freier Ausdeutung als unbrauchbar und ganz töricht erweisen. Am meisten Wert haben die nicht an einen bestimmten Tag geknüpften allgemeinen Wetterregeln, die gewöhnlich die sogenannten natürlichen Wetterregeln am Himmel, in der Luft, in den Wolken verwenden, unsinnig dagegen sind diejenigen Regeln, die das Wetter eines einzelnen Tages (Sonntages) oder eines Jahresabschnittes (es als maßgebend annehmen für dasjenige eines späteren Zeitraumes. Das ist nichts als Wetteraberglaube, der aber, wie aller Aberglaube, in den Vorstellungen des Volkes außerordentlich fest wurzelt. In zwei Fällen ist es gelungen, das hohe Alter solcher Wetteraberglaubens zu erweisen. Einmal davon ist besonders reichlich.

In ganz Europa wird in Volkserzählungen die sogenannten „Zwölfen“, d. h. zwölf Tagen und Nächten, die man ursprünglich mit dem Jahresanfang später aber unter dem Einfluß der christlichen Kirche mit dem Weihnachtsfest beginnen ließ, eine große Bedeutung beigemessen. Die Witterung dieser zwölf Tage soll nämlich mit derjenigen der zwölf Monate des folgenden Jahres übereinstimmen. Dieser Wetteraberglaube, der den Hauptbestandteil der Bauernregeln bildet, läßt sich durch die gedruckt von Petrus im 15. Jahrhundert verfaßt.

Methalligationen der Winterperiode ergeben haben, sind nunmehr befristet. Die sämtlichen staatlichen Anstalten arbeiten mit Hochbetrieb. Es ist demnach bereits in den nächsten Tagen damit zu rechnen, daß eine größere Anzahl von kleinen Münzen in den Verkehr kommt.

Nach einer Meldung des Lokalanzeigers aus Dresden hat der sächsische Volksbildungsminister die viel beachtete Verordnung, durch welche das Gebot aus der Schule verbannt war, aufgehoben. Gleichfalls annulliert wurde die Verordnung, die den Schulkindern den Kirchenbesuch an kirchlichen Feiertagen, die nicht zugleich allgemeine Feiertage sind, unmöglich machte.

Diese Frage ist, wie aus Zuschriften an die vorstehenden Zeitungsbelegblätter im Regierungsbüro hervorgeht, von manchem Leser in zum Teil energischen Worten befragt worden. Und dennoch ist diese Auffassung irrig.

Aus Stadt und Land

Bad Ems, 20. Jan. Infolge des plötzlichen Witterungswechsels ist inzwischen überall Tauwetter eingetreten. Die großen Wassermaßen bewirken ein schnelles Steigen der Bahn und rufen auch hier in der Nacht von Samstag auf Sonntag die gewaltigen Eismassen mit sich fort. Auf dem Leinpfad häuften sich die Schollen zu hohen Bergen. — Der Fischfang mit Netzen ist lebhaft im Gange und an verschiedenen Stellen auch recht ergiebig.

Bad Ems, 20. Jan. (Winterhilfe.) In dieser Woche werden die Sammlerinnen der Winterhilfe bei unseren Mitbürgern anklopfen. Möchten sie nicht nur offene Türen, sondern auch offene Herzen finden. Es ist ein schweres Amt, das sich die Sammlerinnen auferlegt haben, denn Ueberfluß und Gekränktheit werden ihnen in dieser Zeit der Not selten begegnen; um so mehr Aufmunterung werden sie zu hören bekommen. Enttäuscht die Menschenfreunde nicht in ihrer edlen Absicht durch harte Worte und bringt diesem Werke der Nächstenliebe Verständnis entgegen. Bei ruhiger und vertraulicher Aussprache mit den Sammlerinnen wird nicht nur mancher verborgene Not offenbar werden, sondern es werden sich auch Mittel zu deren Linderung ausfindig machen lassen. Die Not sollte nicht die Menschen trennen durch gegenseitige Verbitterung, Mißgunst und Feindseligkeit, sondern gerade aus der Not ist schon manche herzliche und treue Gemeinschaft herausgewachsen. Möchte die Winterhilfe auch hier überall Verständnis und eine freundliche Aufnahme finden, zum Segen unserer Stadt.

Bad Ems, 21. Jan. Die Auszahlung der Sozial- und Kleinrentenunterstützung erfolgt am Dienstag, den 22. d. Mts. auf der Stadtkasse (Zimmer 10).

Bad Ems, 21. Jan. Ihre silberne Hochzeit feiern am Dienstag, den 22. Januar, die Eheleute Christian Pfeil und Frau Karoline geb. Jakob, Marktstraße, die Eheleute Wagnermeister Wilhelm Zimmerdoff und Frau Lina geb. Weyer, ferner die Eheleute Emil Schielek und Frau geb. Epstein, Kirchgasse.

Bad Ems, 21. Jan. Die Gaspreise von Ems und benachbarten Städten werden uns wie folgt mitgeteilt: Ems bis Mitte Januar 36 Pfg., in der zweiten Monatshälfte 30 Pfg., die im Januar 38 Pfg., im Februar 30 Pfg., Limburg — Gaswerk hat Bahnanschluß — 35 bzw. 30 Pfg., Bad Homburg im Januar 40 Pfg., Oberhainstein im Januar 40 Pfg. (Warum wohl in Berlin nur 19 Pfg.?)

Maffau, 20. Jan. Mit der Größe der Not hat sich auch die Zahl derer vermehrt, die an unserer täglichen Suppenkessel teilnehmen. Zur Zeit werden über 80 Personen unentgeltlich in der Suppenküche gespeist.

Königsheim, 20. Jan. (Königsteiner Männergesangsverein.) Am 5., 6. und 7. Juli dieses Jahres bezieht der Männergesangsverein Königsheim einen großen Gesangswettbewerb anlässlich seines 25jährigen Bestehens. Vereine, welche sich daran beteiligen wollen, werden ersucht, ihre Anmeldungen am 1. Vorsitzenden des Vereins, Herrn Georg Kowald, Schneidermeister, Kaiserstraße 10, Königsheim im Taunus zu senden. Der Delegiertentag findet am 17. Februar 1924, nachmittags 1 Uhr im Hotel Prokasky statt.

Beginn der Schonzeit. Auf Grund des § 40 der Jagdverordnung vom 15. Juli 1907 wird für den Regierungsbezirk Wiesbaden der Beginn der Schonzeit für Wild, Fasel und Fasanenhehen auf den 18. Januar 1924 festgesetzt.

Börse und Handel

Berlin, 18. Jan. Börsenstimmungsbild. Für den heutigen Börsenverkehr lagen keine neuen Anregungen vor. Die freundliche Stimmung konnte sich aber gut behaupten. Die ersten amtlichen Notierungen zeigten auf allen Umsatzegebieten meist etwas erhöhte Kurse. Von Montanwerten sind Deutsch-Aktien mit einer Steigerung um 8 Millionen Prozent hervorzuheben. Deutsche Kalkfaktien gewannen 5 Billionen Prozent. Im allgemeinen überwiegen die Anhebungen nur selten zwei Billionen Prozent. Deutsche Anleihen zeigten zu den getragenen erhöhten Nachbörserkursen ein nach hielten sich auf diesem Stande.

Das Geschäft ließ in den ersten Börsenstunden jede Regsamkeit vermissen. Da wegen des Ausbleibens von Konstantinen des Privatbankbills die Spekulation sich nicht zu Neuerwerbungen ermutigt fühlte. Späterhin fanden etwas vermehrte Umsätze in Montanwerten und Anleihenpapieren zu aufwärts strebenden Kursen statt. Die Devisenkurse erlitten zum Teil Abschwüchungen. Der Preis für Rohwolle blieb unverändert.

Berlin, 18. Jan. Am Produktenmarkt ist die Geschäftstätigkeit weiter zurückgegangen. Die Mühlen ärgern wegen des unbefriedigenden Wechsels der getragenen Preise anzulegen und auf Wogen drückt allseitiges Angebot aus der Provinz. Von Weizen sind nur gute Qualitäten leicht zu beschaffen, daher leidet unter dem Stößen des Weizens nach dem Westen. Für Hülsenfrüchte hat sich ein Angebot bemerkbar zutreffend waren Impuls.

Wirtschaftliche Wochenübersicht

Die allgemeine Wirtschaftslage bietet immer noch ein recht unerfreuliches Bild. So hält der Kursrückgang an der Börse weiter an und nach allen vorliegenden Anzeichen zu urteilen, wird darin in der nächsten Zeit wohl auch keine Abänderung eintreten. Es enthält sich eben mehr und mehr, daß die deutsche Wirtschaft und insbesondere die deutsche Industrie nach einer trügerischen Scheinheiligkeit tatsächlich eine Krise durchmachen, wie sie ihr in dieser Lage wohl noch nicht begehien war. Die Geschäftsberichte und die Generalversammlungen der Gesellschaften ergeben fast durchweg dasselbe trübe Bild. Fast nirgends lohnt es sich, den im verfliehenen Geschäftsjahre erzielten Gewinn nach der Umstellung auf die feste Währung in Goldmark auszugeben. Das trifft auch auf die A. G. G. zu: die das Geschäftsjahr mit einem Ueberfluß von 109 Millionen abschließt, und die selbstverständlich vorzieht, diese 109 Goldmark dem Jahresfonds zuzuschreiben. Sie verzichtet über Haupt darauf, eine Dividende zu verteilen. Von diesem fast allgemein gewordenen Brauch gibt es nur ein paar Ausnahmen. Eine sächsische Gesellschaft hat kürzlich auf die Aktie von 1000 Mark einen Zinsdividendenbetrag von 10 Goldmark verteilt. Sie schreitet damit an der Spitze und läßt die gesamte Industrieleiterschaft weit hinter sich. Bedarf es noch eines Beweises für die Verarmung der deutschen Wirtschaft, so ist er damit wirklich erbracht.

Man weiß freilich daraufhin, daß die Umstellung der Bilanz in Goldmark, die seit dem 1. Januar vorgezeichnet ist, auf dem Papier ein ganz günstiges Bild ergibt. Das ist gewiß richtig. Es gibt kaum eine Gesellschaft, die es nicht fertig gebracht hätte, ihren gesamten Reichtum an Grundstücken und Maschinen bis auf eine Mark abzuschreiben. Wer es in dem verfliehenen Jahre vermocht hat, Obligationsschulden abzutun, der würde sicher nicht zu den geübtesten Geschäftsleuten gezählt werden. Die Industrie hat in dieser Beziehung die Papiermarkwertung zu ihren Gunsten verlohnen ausnutzen können. Aber was hilft der Schuldenfreie Welt, wenn er keinen Gewinn abwirft? Die Gebäude und Maschinen sind genau ebenso, wie die aufgegebenen Schienenwege der Berliner Straßenbahn, wertloses Altmaterial, solange sie nicht im Betriebe gehalten werden können und solange nicht der Schornstein vom Verbleib raucht. Und in diesem Zustande befindet sich die deutsche Industrie zum größten Teile auch jetzt noch. Sie wird sich auch noch eine Weile diesen Zustand gefallen lassen müssen. Ihre Rolle als Unterleuter auf dem Weltmarkt ist längst ausgespielt und sie wird erst dann wieder mit der Aussicht auf einen grünen Zweig kommen, wenn sich in Deutschland die Produktionskosten zum mindesten denjenigen der anderen Länder angeheben haben. Wie sehr die Rollen in dieser Beziehung vertauscht sind, beweist der Umstand, daß Frankreich uns mit billigen Weizen überfluten kann und daß die deutsche Landwirtschaft nach dem Schutzzoll ruft. Wir werden über diese Krise hinwegkommen, denn sie

ist, wenn sie sich notwendigem weiterentwickeln kann, eine Gesundheitskrise. Aber vorläufig reden wir noch mitten darin.

Im Lichtblick fehlt es allerdings nicht ganz. Die Zahl der Arbeitslosen ist etwas zurückgegangen und die Beschäftigung hat sich in verschiedenen Industriezweigen wieder gehoben. Dabei handelt es sich aber ganz offensichtlich um eine Belebung des Innenmarktes. Die dritten Massen Banken in Deutschland trotz seiner Verarmung doch wieder etwas mehr kaufen, nachdem die zahlreichen Mißgeburten der Spekulation vom deutschen Wirtschaftskörper verschwunden sind. Es ist deshalb wohl kein Zufall, daß gerade diejenigen Zweige, die für den Innenmarkt produzieren, wie z. B. die Zigarrenindustrie, die Leder- und die Schuhindustrie und andere eine Belebung des Absatzes verspüren. Sie können das auch wohl vertragen, denn gerade sie haben recht schwere Zeiten hinter sich. Der andere Lichtblick ist der erstmalige Ueberfluß, der nach langen, langen Jahren wieder einmal im Reichschatz erzielt worden ist. In den ersten zehn Tagen des Januar haben die Einnahmen der Reichshauptkasse die Ausgaben um 30 Goldmillionen überstiegen. Freilich nur eine Schmalze, und eine Schmalze macht bekanntlich noch keinen Sommer. Besonders günstige Umstände haben mitgewirkt. Die Steuereinnahmen fließen gerade in dieser Dekade reichlich und die Beamtenbesoldung konnte man noch aus Krediten beschreiten. Die zweite Januar-Dekade wird vermutlich wieder ein etwas anderes Gesicht zeigen. Aber trotzdem ist der eine Lichtblick doch vielleicht der Schimmer einer besseren Zukunft. Freilich wird die Regierung unter allen Umständen Leistungen aus dem Reichenschatz zurückweisen müssen, solange unsere Finanzbasis nicht ganz fest ist. Es ist deshalb erfreulich, daß sie erklärt, die Bezahlung der Beschuldigungskosten komme erst nach den eigenen Bedürfnissen des Landes, und daß sie abgelehnt hat, die Reparationsabgaben, die England von der deutschen Einfuhr in Höhe von 20 Prozent erhebt, aus ihrer Tasche zurückzuführen. Es wird gegenwärtig über eine spätere Zuerückzahlung verhandelt, damit die deutsche Einfuhr nach England nicht ganz brach liegt. Die Hauptsache aber ist, daß der deutsche Etat gegenwärtig nicht mit Kosten belastet wird, deren Deckung zur Zeit unmöglich ist.

Erhöhung des Metallgeldumschlages.

Berlin, 18. Jan. Die Summe für Rentenpflanzung war ursprünglich auf eine Mark für den Kopf der Bevölkerung, also auf 60 Millionen Rentenmark, festgesetzt. Da der Bedarf des Reiches nach kleinen Zahlungsmitteln groß ist, hat man sich laut Deutschem Handelsblatt entschlossen, das Metallgeld auf 2 1/2 Mark für den Kopf der Bevölkerung, also auf 150 Millionen Rentenmark, zu erhöhen. Dies würde ungefähr den Bedarf des vor dem Kriege umlaufenden Metallgeldes entsprechen. Der Kredit der Rentenmark wird hierdurch nennlich nicht belastet. Die technischen Schwierigkeiten, die sich anfangs bei den neuen

Darf der Landwirt zurückbehalten?

Vor dem Leipziger Gericht verteidigte sich wegen strafbarer Getreidezurückhaltung der nun-klagte Ostpreussener Gutsherr, in dessen Schema bei der Durchzahlung größerer Entschädigungen aus den Jahren 1921-22 Beschlagnahmt worden waren, damit, daß er sein Getreide nicht in wertbezügliche Zahlungsmittel hätte umwandeln können. Deshalb sei er genötigt gewesen, sich eine Getreideernte zu behalten, um künstlichen Dünger anzukaufen und eine Sicherheit zu haben, falls Brandstiftungen eintreten. Die geladenen Sachverständigen stimmten ihm zu. Trotzdem hielt der Staatsanwalt die Klage aufrecht, indem er behauptete, daß die Landwirtschaft von einem brutalen Egoismus beherrscht sei. Er beantragte fernerhin sechs Monate Gefängnis und eine Geldstrafe von 1000 Goldmark, ferner Einziehung des Getreides. Die Rechtsanwältin betonte, daß der Landwirt ein Recht darauf habe, sich gegen unübersehbare Zufälle zu sichern und sich das Kapital für die Vorkostenhaltung seines Betriebes zurückzulegen. Er habe dies damals nur tun können durch Stellung von Reserven in Getreide. Das Gericht erkannte auf Kosten der Staatskasse auf Freisprechung. Das beschlagnahmte Getreide wurde freigegeben.

Nach dem Notgeld des preussischen Staates und der Reichsbahn besetzt.

Ant. Berl. Tagblatt ruft das Reichsfinanzministerium im Einvernehmen mit den Landesbehörden, das wertbezügliche, auf Goldmark lautende Notgeld, dessen Aussteller in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Schleswig-Holstein, in den unbesetzten Teilen der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen, in den Ländern Mecklenburg-Schwerin und Stettin, Thüringen, Anhalt, Bremen und Lippe ihren Sitz haben, mit Wirkung vom 25. Januar auf. Die Einlösungfrist läuft bis zum 24. Februar d. J. Ausgenommen bleibt das Notgeld des preussischen Staates und das Notgeld der deutschen Reichsbahn.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Berlin, 17. Jan. (Wolff.) Wie den Mittern mitgeteilt wird, macht sich die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt ein wenig gebessert, besonders in München, Berlin, Hamburg und Lübeck ist die Zahl der unterstufen Erwerbslosen etwas gesunken. Auch die Zahl der Kurzarbeiter hat sich verringert.

Frankreichs Handel mit Deutschland.

Nach den Außenhandelsziffern für die ersten 24 Monate 1923 hat die französische Einfuhr aus Deutschland in dieser Zeit 875,4 gegen 1180 Mill. Franken im Vorjahre betragen. Die Einfuhr nach Deutschland ist im gleichen Zeitraum von 1893,7 in 1922 auf 940,3 in 1923 zurückgegangen. Eine sehr beträchtliche Zunahme weist die französische Einfuhr nach dem Saargebiet auf. Sie hat sich mit 82 Millionen nahezu verdreifacht. Die Einfuhr aus dem Saargebiet ist dagegen nur von 584 auf 640 Millionen gestiegen.

Arbeitszeit und Besoldung im Bankgewerbe.

Berlin, 15. Jan. Der Reichsarbeitsminister hat auf Antrag des Reichsverbandes der Bankleitungen den für das deutsche Bankgewerbe ergangenen Schiedsspruch für verbindlich erklärt, durch den der bisherige Manteltarifvertrag unter Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit von 46 auf 54 Stunden bis Ende Februar verlängert worden ist. Durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs erfahren die Gehaltszüge der Angestellten im Bankgewerbe, die seit Wochen einseitig von den Arbeitgeberseite festgesetzt wurden, wieder eine tarifliche Regelung.

Berechnung der gefälligen Miete.

Berlin, 17. Jan. Auf Grund des Reichsmietengesetzes hat der Minister für Volkswirtschaft den amtlichen preussischen Präsidenten zufolge für alle Gemeinden, für welche eine andere Regelung nicht getroffen ist, über die Berechnung der gefälligen Miete mit Wirkung vom 1. Februar folgendes angeordnet: Zu der Papiermarkgrundmiete treten folgende Zuschläge: 1. für Verwaltungskosten, Zinssteigerung und Steigerung der Kosten für die Erneuerung der Grundstücksbedeckung 5 Prozent; 2. für Kosten der lauf. Instandsetzungsarbeiten einschließlich Schönheitsreparaturen 10 Prozent; 3. für Betriebskosten 15 Prozent, bei Festsetzung eines Sonderzuschlags für große Instandsetzungsarbeiten darf das Mietmehrsatz 3 Prozent nicht überschreiten. Als Schönheitsreparaturen gelten: Kapezierarbeiten, Anstreichen oder Kalken der Wände und Decken, Streichen der Fußböden und Fenster, Anstreichen der Türen in den Wohnungen oder sonstigen Mieträumen. Werden Schönheitsreparaturen vom Mieter ausgeführt, so ermöglicht sich der Zuschlag für die laufenden Instandsetzungsarbeiten auf 6 Prozent.

Wiesbadener Viehmarkt

Vom 17. Januar Aufgetrieben waren 11 Ochsen, 6 Bullen, 32 Kühe und Färsen, 129 Kälber, 27 Schafe, 146 Schweine; außerdem geschlachtet eingeführt: 72 Schweine aus Holland, Marktverlauf. Bei mittelmäßigem Geschäft ist allen Vieharten der Markt langsam gedummt. An Preisen wurden (1 Pf. Lebengewicht) in Goldmark notiert: Ochsen 33-45 Pfg., Bullen 30-38 Pfg., Färsen und Kühe 15-45 Pfg., Kälber 30-60 Pfg., Schafe 22-40 Pfg., Schweine 63-72 Pfg., unweine Säuen und geschlachte Eber 52-55 Pfg.

Verlag von J. Neumann in Neudamm.

Die reichhaltigste und verbreitetste Jagdzeitung in unserer Gegend. Deutsche Jäger-Zeitung. Organ für Jagd, Schiesswesen, Fischerei, Zucht und Dressur von Jagdhunden. Preis 10 Mark pro Jahr.

Raiffeisenverein

Bad Ems. Wir suchen bis 1. Februar einen Rechner, Meldung an bei Herrn Vors. Gottfr. Diel, Marktstraße 45. Ausw. wird ein größerer Lagerraum zu mieten gesucht.

Zu verkaufen

4 schwere Lastwagen 100 Ctr. Tragkraft 1zweispänniger u. 1 ein-spänniger Militärfahrzeug 1 kupf. Waschmaschine mit Wassermotor.

Unterricht

In deutscher, englischer und französischer Sprache wird von Lehrern erteilt. Näheres Villa Sommer Bad Ems.

Junge Dame

aus pulsierender Familie, wünscht, da es ihr an passenden Herren-Bekannschäften fehlt, mit solidem Herrn, in nicharor Lebensstellung bekannt zu werden. Bewerber mit nur ersten Absichten wollen ihre Offerte mit Bild unter H. E. 128 an den Verlag dieser Zeitung einreichen.

Beinkranke!

Krampfaderleiden, Venenentzündung Unterschenkel geschwulst, nässende und trockene Flechten, Lupus, Kniegelenkerkrankungen, Schmerzen in den Füssen (Platt und Senkfuß), Rheumatisma, Lähmung, Schlingenschmerzen.

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unserer lieben Entschlafenen sagen wir Allen, besonders den Beamten, Angestellten und Arbeitern, sowie den Trägern unseren herzlichsten Dank.

Mutterberater Bad Ems.

Dienstag nachmittag von 2-4 Uhr in der Stein-schule; Sprechstunde der Fürsorgeschwester und Mutterberatung.

Keine Läuse und Wanzen

(s. Beate) auch b. Tieron in 5 Min. u. d. millionenf. bew. „Kampolda“ Vorrat. Oranten-Drog. A. Zimmermann, Diez a. L.

Ueber 120 Lehrlinge

sind Ostern 1924 in Handwerkslehre unter-zubringen. Meldungen mit Nachweis der Befähigung zur Ausbildung von Lehrlingen zu richten an das Städtische Weissenhaus in K 61n, Sülzgürtel 47, Post Klettenberg.

Rahlbaum Edelliköre

sind an Qualität unerreichbar! Vertretung für den Kreis Unterlahn und Limburg: Rudolf Eisteller, Bad Ems. Februar 25.